Artikel vom 01.05.14 im Zürich West und Zürich Nord

Der Kampf gegen die Leinenpflicht geht weiter

Hunde sollen im Werdinselgebiet an die Leine. Mehr als 3000 Hundebesitzer haben in einer Petition dagegen unterschrieben. Die Antwort des Stadtrats sagt wenig aus.

Béatrice Christen

Nach einer Nacht-und-Nebel-Aktion von Grün Stadt Zürich, die im Werdinselgebiet Schilder aufgestellt hat, die die Leinenpflicht für Hunde verlangten, reichte Franziska Fischer mit Unterstützung der Hundepartei im Oktober der damals zuständigen Stadträtin Ruth Genner eine Petition mit über 3000 Unterschriften gegen die angeordnete Leinenpflicht ein. Da eine solche vorgängig nicht öffentlich publiziert worden war, intervenierte die Hundepartei, was zur Folge hatte, dass die Schilder abmontiert werden mussten und die Anordnung somit hinfällig ist.

Vor dem Zürcher Rathaus: Bei der Übergabe der Petition gegen die Leinenpflicht verlangten zahlreiche Hundebesitzer Toleranz. *Archiv.*

Der Stadtrat sieht das in seiner Antwort auf die Petition – sie erfolgte Mitte April – offenbar anders. Er bestätigt zwar, dass frei laufende Hunde nicht das einzige Problem an der Limmat seien. Die Behörde würde aber über eine Leinenpflicht im Rahmen der Gesamtwürdigung der Nutzung entscheiden. Die Leinenpflicht sei ein Mittel, um Konflikte zwischen Hunden und den anderen Nutzern des Gebiets zu vermeiden.

Der Stadtrat bezieht sich unter anderem auf einen Vorfall in Oberglatt, bei dem ein Kind das Opfer eines Hundes wurde. Franziska Fischer, Initiantin der Petition, kontert in einem Brief, der von der Hundepartei und der «Pro Hund» mitunterzeichnet ist. Darin wird betont, dass die Begründung des Stadtrats weit hergeholt sei. Es wird gefragt, wie die Behörden die Leinenpflicht begründen würden, wenn der Vorfall nicht stattgefunden hätte. Bevor die Leinenpflicht an der Limmat nämlich in Kraft treten kann, muss diese publiziert werden. Die Betroffenen haben dann das Recht zur Einsprache, und wie es aussieht, wird weder die Hundepartei, der Franziska Fischer angehört, noch die «Pro Hund» die Leinenpflicht akzeptieren.

Weitere Infos: www.hunde-partei.ch.

Hönggerzeitung, Seite 3

HÖNGGER, DONNERSTAG, 15. MAI 2014

Hundehalter sind nicht einverstanden

Die Werdinsel beschäftigt alle ihre Nutzer, so auch die Hundehaltenden. Im Oktober 2013 übergab Franziska Fischer dem Stadtrat ihre Petition mit 3510 Unterschriften zur Aufhebung der Leinenpflicht auf der Werdinsel und entlang dem Limmatufer. Mitte April hat sie Antwort von Stadtpräsidentin Corine Mauch erhalten.

MALINI GLOOR

Im Schreiben heisst es, dass die Stadt Zürich keine Vorschriften ohne Grund erlasse, sondern nur dort anordne, wo sie zum Schutz von Mensch und Tier notwendig seien, da es sonst zu Konflikten oder sogar Unfällen kommen könne. Erinnert wird an den bereits neun Jahre zurückliegenden Fall Oberglatt, bei welchem ein Knabe durch drei entwichene, nicht sozialisierte Junghunde zu Tode gekommen ist. In der Zwischenzeit hat sich weder im Kanton Zürich noch gesamtschweizerisch ein weiterer Unfall dieses Ausmasses zugetragen. Ein wichtiges Indiz seien Klagen aus der Bevölkerung. Die ergriffenen Massnahmen wie beispielsweise die Rassenliste sei notwendig und würde von der Bevölkerung akzeptiert. Eine Lockerung dieser Vorschriften wäre falsch und würde nicht verstanden, so Corine Mauch.

Nicht einverstanden mit Ansichten der Stadtpräsidentin

Petitionsinitiantin Franziska Fischer, Hunde-Partei-Präsident Walter Ogi und Belinda Brunner von Pro Hund antworteten geschlossen auf das Schreiben. Sie sind der Ansicht, dass die Begründung für eine Leinenpflicht sehr weit hergeholt ist und einmal mehr versucht werde, den Oberglatter Vorfall für den Eigennutz zu missbrauchen. «Wie würde die Stadt denn eine Leinenpflicht begründen, wenn der besagte Vorfall nicht stattgefunden hätte?», fragen sie, und «Was hat die Diskussion um Leinenpflicht mit Rasselisten zu tun? Was wäre, wenn irgendein Hund das Kind in Oberglatt gebissen hätte?» Es könne nicht sein, dass der hundehaltende Teil der Bevölkerung immer weiter diskriminiert und kriminalisiert werde. Gegenüber dem «Höngger» sagten die drei Briefschreibenden, sie würden auf jeden Fall an der Sache dranbleiben, denn sie zählten nicht zur Bevölkerung, welche einfach alles hinnehmen und akzeptieren würde. Gespräche mit Grün Stadt Zürich werden von den Hundefreunden als erstrebenswert angesehen. Die Hunde-Partei wird sich nicht scheuen, den Rechtsweg gegen die Ausweitung der bisherigen Leinenpflichts- und Hundeverbotszonen zu begehen, falls eine amtliche Publikation erscheine.